Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 | Freitag, den 16. Mai 1919 | Nummer 234 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Amt Norden 9763

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Drohung mit Zwangsmaßnahmen.

Wenn nicht unterzeichnet wird.

Paris 15. Mai (Havas.)

Marschall Foch ist Donnerstag vormittag nach dem Hauptquartier an der Rheinfront abgereist, um die sofortige Durchführung von Zwangsmaßnahmen vorzubereiten, die im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland zur Anwendung kommen sollen.

Besuch von Ententesozialisten in Deutschland.

London, 15. Mai

Das Reutersche Bureau erfährt, daß die Einladung der deutschen Sozialisten an die alliierten Sozialisten, eine Delegation nach Deutschland zu senden, angenommen worden ist. Arthur Henderson, Albert und Mistral sind zu Mitgliedern dieser Delegation ernannt worden. Die Frage, ob sich die Delegation nach Deutschland begeben wird, hängt vollkommen von der Unterzeichnung des Friedens ab. Auch die amerikanische Arbeiterpartei in New York hat Henderson eingeladen, Amerika zu besuchen. Henderson wird sich dorthin begeben, um die Verfassung, die Methoden und das Programm der britischen Arbeiterpartei zu erläutern.

Der Kampf um die Beute.

Paris, 16. Mai. (Reuter.)

Der Rat der Minister des Auswärtigen wies das Ersuchen der polnischen Regierung um Zuweisung eines Teiles der deutschen Handelsflotte ab.

Athen, 12. Mai (Reuter).

Die Griechen haben Smyrna besetzt.

Smyrna gehört zum französischen Einflußgebiet in Kleinasien. Offenbar wollen die Griechen durch die Besetzung der Stadt eine vollendete Tatsache schaffen.

Zusammenstoß zwischen Streikenden und Grenzschutztruppen.

Oppeln, 16. Mai.

Die Telegraphen-Union meldet: Auf der Charlottengrube im Rybnik kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Grenzschutztruppen, wobei es zwei Tote gab.

Da die Grenzschutztruppen bisher noch keine Gelegenheit hatten, den Krieg mit den Polen zu beginnen, so üben sie sich inzwischen in der Niederknüttelung von streikenden Arbeitern.

Die Hungerkrawalle in Stettin.

Die Ausschreitungen in Stettin haben einen größeren Umfang angenommen. Es ist in verschiedenen Stadtteilen zu neuen Kämpfen gekommen, auch ein Gefängnis wurde gestürmt. Ein klares Bild läßt sich aus den vorliegenden Meldungen noch nicht gewinnen. Es scheint sich nur um Ausschreitungen des Pöbels zu handeln. In wieweit dieser durch Provokation des Militärs zu seinem Vorgehen veranlaßt wurde, steht noch nicht fest.

W. T. B. Stettin, 16. Mai.

Im Laufe des Nachmittags wurden in vielen Geschäften der Stadt Plünderungen verübt. Das Justizgefängnis in der Friedhofstraße wurde gestürmt. Ebenso wurden die von den Regierungstruppen in der Hauptwache untergebrachten Gefangenen aus den Straßenkämpfen gewaltsam befreit. Gegen Abend wurde der Bahnhof besetzt, weil das Gerücht verbreitet war, daß von außerhalb Regierungstruppen herangezogen würden. Die Behörden haben Maßnahmen getroffen, um die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die Vertreter der Arbeiterschaft legen größten Wert auf die Feststellung, daß die Unruhen und Plünderungen vom Pöbel niedrigster Sorte verübt wurden, der mit der Stettiner Arbeiterschaft keine Gemeinschaft hat. Die Stettiner Arbeiterschaft steht diesem Treiben geschlossen ablehnend gegenüber.

Die Telegrammzensur im neuen Deutschland.

Zu unserer Mitteilung in der Mittwoch-Abend-Ausgabe, daß Telegramme an die „Freiheit" aus Libau der Zensur unterliegen, erfahren wir noch folgendes:

1. Telegramme für den „Kommunist" in Hamburg, den „Kommunist" in Bremen, die „Freiheit" in Berlin, die „Rote Fahne" in Berlin, die „Rote Fahne" in München, die „Rote Fahne" in Mannheim, die „Rote Fahne" in Leipzig, die „Volkszeitung" in Leipzig, die „Freiheit" in Hanau und den „Spartakus" in Essen müssen vor der Weitergabe der Zensur vorgelegt werden.

2. Telegramme für den „Spartakus" in Essen werden auch zensiert, nicht weiter telegraphiert, sondern mit der gewöhnlichen Post befördert.

Einige von den kommunistischen Blättern sind inzwischen unterdrückt worden; auf jeden Fall besteht aber die Zensurvorschrift für sie fort. Herrliche Zustände sind es, die wir im neuen Deutschland haben!

Belagerungszustand und Abgeordneten-Immunität.

Die Nosketruppen, die am Sonntag die Stadt Leipzig besetzten, haben nicht nur die Immunitätsrechte der Abgeordneten für die deutsche Nationalversammlung verletzt, sondern sie suchten auch Mitgliedern der sächsischen Volkskammer in Haft diese Rechte zu rauben. Die Abgeordneten Lipinski und Schäfer sollten durch Bewaffnete in ihrer Wohnung verhaftet werden, was nur deshalb nicht gelang, weil die beiden gerade nicht anwesend waren.

Am Dienstag nahmen unsere Vertreter im Gesetzgebungsausschuß der Volkskammer diese unerhörten Uebergriffe zum Anlaß, gegen die Mißachtung der Immunität Einspruch zu erheben und den Ausschuß zu einem Protest aufzufordern. Im Ausschuß wurde einmütig die Ansicht vertreten, daß das Vorgehen des Generals Maercker völlig ungesetzlich ist und daß auch die Androhung der Schutzhaft eine Verletzung der Immunität sei, da durch die Ausführung einer solchen Drohung der Abgeordnete an der Ausübung seines Amtes verhindert werde. Die Mehrheit hatte nur Kompetenzschmerzen, weil die Geschäftsordnung den Ausschüssen nur das Recht gibt, ihnen von der Kammer überwiesene Anträge und Vorlagen zu erledigen. Es wurde aber einstimmig beschlossen, die Regierung zu einer Erklärung und Stellungnahme zu veranlassen. Die rechtssozialistischen Minister Dr. Gradnauer und Uhlig, die den weiteren Verhandlungen beiwohnten, erklärten ebenfalls, daß sie in der Anweisung Maerckers einen Verstoß gegen die Immunität der Abgeordneten erblickten, die sie unter allen Umständen geschützt wissen wollten. Die Anweisung sei ohne Wissen und Willen der sächsischen Regierung ergangen. In einer telephonischen Unterredung, die kurz vorher stattfand, hatte Herr Maercker oder dessen Vertreter, behauptet, daß er ersucht worden sei, die Verhaftung von Abgeordneten vorzunehmen, so könne das nur von untergeordneten Organen angeordnet worden sein. Dem widersprechen aber nicht nur die Tatsachen, sondern auch der Umstand, daß die Anweisung Maerckers in der Tagespresse Leipzigs veröffentlicht worden ist.

Die Minister versprachen, nach Darlegung des Sachverhalts, sofort ein dringendes Telegramm nach Leipzig abzusenden, in dem die unbedingte Achtung der Immunität der Abgeordneten verlangt wird.

Polen und Deutsche.

Ein bezeichnender Vergleich.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Wenn man als Deutscher aus der Provinz Posen, die ja jetzt unter polnischer Verwaltung steht, nach Deutschland fährt, ist man aufs angenehmste über die zuvorkommende Behandlung der polnischen Gendarmen im Grenzorte Wronke berührt. Die Leute sind durchaus höflich und entgegenkommend.

Kommt man jedoch nach Kreuz, dem deutschen Grenzort, so ist man aufs peinlichste über die Art und Weise wie man dort im Unteroffizierston von Grenzschutzsoldaten und Geheimpolizisten angeranzt wird, überrascht. Höflichkeit und Zuvorkommenheit stehen nicht im Lexikon der Kreuzer Herren. Dort herrscht noch das alte System. Ich selber habe die Strecke schon mehrere Male zurückgelegt und spreche aus Erfahrung und außerdem im Namen vieler Deutscher der Provinz Posen, die über die Behandlung, die man ihnen in Kreuz angedeihen ließ, empört sind. In dieser Art und Weise verschafft sich die neue Regierung keine Sympathien.

Pressefreiheit in Leipzig.

Die Leistungen der Noske-Reaktion werden immer toller. Der gelungene Ueberfall auf Leipzig hat ihr den Kamm anscheinend so sehr schwellen lassen, daß sie selbst vor dem Ungeheuerlichsten nicht mehr zurückschreckt. Ihre Vertreter in Leipzig, die Herren Mylan und Maercker, unternehmen jetzt einen Anschlag auf die Preßfreiheit, die alles, was das gestürzte Gewaltregiment in der Kriegszeit gegen die oppositionelle Presse gewagt hat, meilenweit hinter sich läßt. Es ist das reinweg Unglaubliche.

Lassen wir die Tatsachen sprechen. Dem Verlag der „Leipziger Volkszeitung", die der General Maercker bekanntlich schon vor seinem Einmarsch durch Flugblätter verbieten ließ, die seine Flieger über Leipzig ausstreuen mußten, ging am 14. Mai die folgende Verfügung zu:

Freiw. Landesjägerkorps Leipzig, 14. Mai 1919.
II c./II d. N. 470/19.
An den Verlag der „Leipziger Volkszeitung" A.-G.
Hier.

Das Verbot der „Leipziger Volkszeitung" wird aufgehoben. Die Zeitung kann am Donnerstag, den 15. 5. unter nachstehenden Bedingungen wieder erscheinen:

1. ist anliegende Erklärung ohne jeden Zusatz auf der ersten Seite zu bringen;

2. sind anliegende Befehle auf der ersten Seite zu bringen. Rechnung über diese Annoncen ist an Jägerstab Ic einzureichen.

Die Zeitung steht bis auf weiteres unter Vorzensur; die Korrekturbogen sind dem Jägerstab, Hotel Kaiserhof, Zimmer Nr. 16, vorzulegen.

Maercker,
Generalmajor und Kommandeur des Freiwilligen Landesjägerkorps.

Die unter 2 angeführten „anliegenden Befehle" sind die Standrechtsverkündigungen. Ihre Veröffentlichung kann zugestanden werden, wenn auch die Verpflichtung zum Abdruck auf der ersten Seite nicht nötig wäre. Das Ungeheuerliche ist die unter 1 angeführte Erklärung, deren Veröffentlichung ohne jeden Zusatz der Redaktion angesonnen wird. Sie lautet nämlich:

Erklärung.

„Die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" erkennt den gegenwärtigen durch den Einmarsch des Korps Maercker getroffenen Zustand als rechtmäßige Maßnahme der Reichs- und Landesregierung an.

Da festgestellt ist, daß seit längerer Zeit gewisse Kreise der Bevölkerung sich im Besitz von größeren Mengen Waffen und Munition befinden, wird ferner anerkannt, daß die über vom Kommando unternommenen Schritte notwendig waren, um die durch solche Waffenniederlagen geschaffenen Unsicherheit für Leben, wirtschaftliche und politische Rechte der Einwohnerschaft zu beseitigen.

Die Redaktion erklärt sich weiterhin damit einverstanden, daß alle zukünftig erfolgenden Wahlen zu öffentlichen Körperschaften auf rein demokratischer Grundlage ausgeschrieben und durchgeführt werden."

Damit soll also die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" zur Abgabe einer Erklärung gezwungen werden, von der die Verfasser ganz genau wissen, daß sie gegen die Ueberzeugung der Redakteure geht, daß ihnen damit ein schändlicher Akt der Heuchelei, der Unehrlichkeit angesonnen wird. Das haben selbst Kriegsregierungen Wilhelms II. unter dem Kriegsrecht nie gewagt. Die Kriegszensur hat Veröffentlichungen bestimmter Artikel, Notizen und Sätze verboten, sie hat gestrichen, aber sie hat wenigstens nicht versucht, die oppositionelle Presse zu Veröffentlichungen zu zwingen, die ihrer Ueberzeugung widersprechen. Dieser unglaubliche Versuch, eine Redaktion in ihrer Ueberzeugung zu vergewaltigen, ist der Aera der Regierungen Scheidemann und Gradnauer vorbehalten geblieben. Unter der Regierung von Rechtssozialisten ist dieses Ungeheuerliche geschehen.

Natürlich denken unsere Leipziger Genossen, denkt die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" nicht entfernt daran, sich dieser schändlichen Vergewaltigung zu fügen. Die Erklärung wird nicht in der „Leipziger Volkszeitung" erscheinen — wenn die Regierungen des Reichs und des Frei-

Staats Sachsen es wagen, deshalb das Erscheinen des Blattes der Leipziger Arbeiterschaft weiter zu verhindern, weil die Redaktion einen Akt der Unwahrhaftigkeit verweigert, so mag sie es tun — die Folgen werden auf ihr Haupt kommen!

Das gesamte Proletariat Deutschlands, und selbst alle bürgerlich-demokratischen Elemente aber müssen sich in leidenschaftlichem Protest gegen diese neueste unglaubliche Ausschreitung der Noske-Reaktion vereinigen!

*

Das Standrecht vor den Leipziger Stadtverordneten.

In der Sitzung der Leipziger Stadtverordnetenversammlung vom 14. Mai wurde ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie eingebracht, den Rat aufzufordern, in Gemeinschaft mit der Versammlung von der Regierung die schleunigste Entfernung der Noskegarde zu fordern. Bei der Erörterung des Antrags kam es zu heftigen, teilweise stürmischen Auseinandersetzungen. Genosse Schäfer begründete den Antrag mit einer scharfen Rede, in der er den Bürgerlichen und Rechtssozialisten in erster Linie ihre Unwahrhaftigkeit vorhielt. Am 7. Mai stimmten sie im selben Saale für einen Antrag unserer Partei, die Regierung zur Aufhebung des Belagerungszustandes aufzufordern; jetzt aber jubeln sie den Noskegarden und dem Standrecht Maerckers zu. Der Bevollmächtigte der Dresdner Regierung, Herr Otto Mylan, trat natürlich als bedenkenloser Verteidiger des Ueberfalls und des Standrechts auf. Genosse Lehmann, Geschäftsführer der „Leipziger Volkszeitung" schilderte das Verfahren bei der Besetzung der „Leipziger Volkszeitung", wobei ca. 195 Mark in bar und mehrere Kleidungsstücke verschwanden, verlas sodann die unerhörten Bedingungen, unter denen die „Leipziger Volkszeitung" nach den Herren Maercker und Mylan wieder erscheinen darf und erklärte, daß die Redaktion aus Lumpen bestehen müßte, wenn sie ein solches Ansinnen erfüllte. Die Bürgerlichen setzten sich natürlich kräftig für die Maerckerei ein. Mit 37 gegen 31 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt, die Rechtssozialisten setzten sich für das Standrecht ein.

Gegen 31 Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokratie nahm sodann die bürgerlich-rechtssozialistische Mehrheit einen Protestantrag gegen den Gewaltfrieden der Entente an. Im Namen unserer Partei erklärte der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung, Genosse Sego, daß sie mit den Parteien, die eben das Gewaltregiment gegen die Arbeiterschaft gebilligt hatten, nicht zusammenarbeiten könne, so scharf und entschieden sie auch gegen den Gewaltfrieden des Imperialismus protestiere. Außerdem sei der Antrag auch deshalb unannehmbar, weil er ausspreche, daß das Volk hinter die Regierung trete — das sei der Arbeiterschaft unmöglich. Schließlich wandte sich Sego eindrucksvoll gegen den Gedanken der Nichtunterzeichnung. Bürgerliche und Rechtssozialisten bejammerten die mangelnde Einigkeit in solchem Moment — sie mögen bei sich selbst die Schuld suchen.

Eine Antwort der Alliierten.

Die Lösung der Arbeiterfragen.

Berlin, 15. Mai.

Der deutschen Friedensdelegation in Versailles ist am 14. Mai nachfolgende Antwortnote, die von Clemenceau gezeichnet ist, übergeben worden:

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 10. Mai zu bestätigen, der sich auf die nationale Arbeitergesetzgebung bezieht, sowie Ihres Entwurfes eines Abkommens über internationales Arbeiterrecht. Die Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen lautet wie folgt:

1. Sie nehmen Kenntnis von der Erklärung der deutschen Delegierten, daß der innere Friede und der Fortschritt der Menschheit von der Lösung der Arbeiterfragen abhängt, und sie sind überzeugt, daß in Zukunft solche Lösungen leichter erreicht werden, wenn das Gemüt der Menschen von dem Druck der Angst vor dem Kriege, wenn die Industrie von der Last der Rüstungen befreit sein wird, die der deutsche Militarismus ihr auferlegt.

Teil XIII des Entwurfs der Friedensbedingungen sieht die Mittel vor, durch die diese Lösungen erreicht werden können, und der zweite Abschnitt des gleichen Teiles setzt die Grundsätze auseinander, die fortschreitend die internationale Arbeiterorganisation und den Völkerbund leiten werden. Artikel 427 legt klar Zeugnis darüber ab, daß die Aufzählung der vorgeschlagenen Grundsätze nicht abgeschlossen ist. Der Zweck der geschaffenen Organisationen ist die ständige Entwicklung der internationalen Arbeiterordnung.

2. Das Arbeiterabkommen ist in den Friedensvertrag aufgenommen. Deutschland wird also aufgefordert werden, es zu unterschreiben. In Zukunft wird Ihrem Lande das Recht, an der internationalen Arbeiterorganisation teilzunehmen, sicher zustehen, sobald es gemäß Art. 1 des Vertrages in den Völkerbund aufgenommen sein wird.

3. Es ist nicht für nötig erachtet worden, eine Arbeiterkonferenz nach Versailles einzuberufen. Die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz in Bern, die in Ihrem Entwurf eines Abkommens über internationales Arbeiterrecht enthalten sind, und auf die sich der § 1 Ihres Briefes vom 10. d. M. bezieht, sind bereits mit der sorgfältigsten Aufmerksamkeit geprüft worden. Vertreter der Gewerkschaften sind an der Ausarbeitung der Artikel der Friedensbedingungen beteiligt, die auf die Arbeiter Bezug haben. Wie aus dem Anhang zum zweiten Abschnitt des Teiles XIII, Seite 200, hervorgeht, umfaßt das Programm der ersten Sitzung der internationalen Arbeiterkonferenz, die nächsten Oktober in Washington tagen soll, die wichtigsten Fragen, die auf der Gewerkschaftskonferenz in Bern verhandelt wurden. Die Gewerkschaften werden aufgefordert werden, an der Konferenz in Washington teilzunehmen, und sie wird nach bestimmten Gesetzen abgehalten werden, die die Fortsetzung ihrer Beschlüsse voraussehen, jedoch unter Voraussetzung der Zustimmung der zuständigen Behörden der vertretenen Länder.

4. Der Entwurf des Abkommens über das internationale Arbeiterrecht, den die deutsche Regierung vorbereitet hat, weist eine Lücke auf; er enthält keine Bestimmung, die die Vertretung der Arbeiter auf der internationalen Konferenz vorsieht, die er in seinem Artikel VII vorschlägt. Er steht auch in folgenden Punkten den Bestimmungen des Teils XIII der Friedensbedingungen nach;

a) Fünf Jahre werden als größter Zeitraum zwischen je zwei Sitzungen festgelegt (Artikel VII). Die Friedensbedingungen schlagen ein Jahr vor (Art. 389).

b) Jedes Land verfügt über eine Stimme (Art. VII). Die Friedensbedingungen sprechen jedem Delegierten eine Stimme zu, gleichviel, ob er eine Regierung, die Arbeitgeber oder die Lohnarbeiter vertritt (Art. 390).

c) Die Beschlüsse sind nur dann bindend, wenn sie von einer Majorität angenommen sind, die vier Fünftel der an der Abstimmung teilnehmenden Länder umfaßt (Art. VII). In den Friedensbedingungen ist nur eine Majorität von zwei Dritteln der bei der endgültigen Abstimmung abgegebenen Stimmen zur Annahme eines Vorschlages oder eines Entwurfs durch die Konferenz nötig (Art. 405).

Die alliierten und assoziierten Regierungen sind daher der Meinung, daß ihre Entscheidungen der Sorge Rechnung tragen, die die deutsche Delegation hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit äußert, und daß diese Entscheidungen die Gewähr sind für die Verwirklichung von Reformen, auf die die Arbeiterklasse mehr denn je ein Recht hat nach der harten Prüfung, die der Welt während der letzten fünf Jahre auferlegt worden ist.

Die bürgerliche Presse hat sich aus Versailles melden lassen, daß die Alliierten den deutschen Arbeiterschutzvorschlag abgelehnt hätten und einige Blätter, die sich sonst gerade nicht durch ihre Arbeiterfreundlichkeit auszeichnen, entrüsten sich darüber, daß den Arbeitern kein Mitbestimmungsrecht zugestanden wäre. Diese Darstellung ist nicht ganz richtig. Wir haben nur geringes Zutrauen zu der Tätigkeit einer Arbeiterkonferenz, die unter der Protektion der Ententeimperialisten stattfinden soll, denn die Befreiung der Arbeiter vom Joche des Kapitalismus kann nur durch die Arbeiter selbst erfolgen. Aber falsch ist die Darstellung, als ob die Alliierten die Regelung der Arbeiterschutzfragen überhaupt abgelehnt haben; sie soll nur in dem Rahmen vorgenommen werden, den ihnen die Entente geben will.

Deshalb hängt das Schicksal des internationalen Arbeiterrechtes auch weit mehr davon ab, ob die Arbeiter in den Ländern der Entente sich den nötigen Einfluß auf ihre Regierungen verschaffen werden.

Keinesfalls aber ist es zutreffend, was heute der „Vorwärts" zu der vorstehenden Note sagt. Mit den schärfsten Worten kritisiert er sie als hohles Phrasenarsenal. Er behauptet ferner in diesem Zusammenhang, daß die Friedensbedingungen „das Gebäude der deutschen Sozialgesetzgebung vollständig in Trümmer schlagen. Die Invaliden, die Industrie- und Kriegskrüppel, die Witwen und Waisen und alle der sozialen Fürsorge Bedürftigen sollen in Deutschland keinen Pfennig bekommen dürfen. Sie sollen dem Hungertode entgegengehen, und aus dem Elend, das damit in Deutschland vorherrschend werden soll, glaubt man ein billiges Argument gegen die weitergehenden Forderungen der Arbeiter in den übrigen Ländern der Welt ziehen zu können." Das ist nichts weiter als eine durchsichtige Stimmungsmache, um die Arbeiterschaft zu beeinflussen. So hart auch die finanziellen Friedensbedingungen sind, die Unterzeichnung wird niemals die Folge haben können, daß die zahllosen Opfer des Krieges um ihre karge Rente gebracht werden. Wenn der „Vorwärts" diesen Eindruck zu erwecken sucht, so zeigt er damit seine von kapitalistischen Erwägungen beeinflußte Denkweise. Denn durch solche Vorwände haben die Kapitalisten stets die Ansprüche der Arbeiter abzulehnen versucht.

Eine dreiste Lüge.

Die „Deutsche Tageszeitung" begrüßt in einem Leitartikel das Urteil im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß und feiert die Offiziere, deren Verhalten durch den Prozeß in jeder Weise gerechtfertigt sei. Das Blatt behauptet, am schwersten belastet gingen aus diesem Prozeß die Unabhängigen hervor, die hinter den Kulissen versucht hätten, einen Zeugen durch große Geldangebote regelrecht zu bestechen.

Die „Deutsche Tageszeitung" stützt sich dabei auf die unglaubhaften Aussagen des Zeugen Janschkow, der den Transport der Frau Luxemburg mitgemacht und in der Untersuchung unwahre Aussagen über das Verschwinden der Leiche gemacht hat. Durch die Aussagen des Zeugen Wolff ist vor Gericht festgestellt worden, daß die Unabhängigen nicht an diesen Zeugen herangetreten sind und ihm ein Geldangebot gemacht haben. Vielmehr ist der Zeuge an Mitglieder unserer Partei herangetreten, mit dem Angebot, die Wahrheit zu sagen, wenn ihn die Partei vor den Folgen schützen würde, die sich aus seiner wahrheitsgemäßen Aussage ergeben würden.

Die Zeugen Wolff und Walter, die mit Janschkow verhandelt haben, haben außerdem eidlich bekundet, daß sie nicht im Auftrage der Partei, sondern aus persönlichem Interesse für die Angelegenheit gehandelt haben. Nicht sie haben ein Geldangebot gemacht, sondern der Zeuge Janschkow wollte Geld für seine Aussagen haben!

Wenn die „Deutsche Tageszeitung" angesichts dieses Sachverhaltes, der vor Gericht vollauf geklärt wurde, von „unwürdigen Machenschaften der Unabhängigen" spricht, so ist dies eine dreiste Fälschung der gerichtsnotorisch festgestellten Tatsachen, die uns allerdings von einem Blatte, vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung", nicht verwundert.

Proteste der Arbeiter.

Die gesamte Belegschaft, Hand- und Kopfarbeiter der A. E. G.-Kongerns, Hennigsdorf, erhebt allerschärfsten Protest gegen die Urteilsfällung im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß. Sie verlangt in Anbetracht der nach nach Tausenden zählenden, hinter Gefängnismauern schmachtenden politischen Gefangenen, die Aufhebung der Mörder vor einem Revolutionstribunal. Da es undenkbar ist, daß ein aus Offizieren bestehendes Gericht fähig ist, das Verbrechen zu sühnen. Als Zeichen des Protestes legt die gesamte Belegschaft in einen eintägigen Proteststreik.

Die Arbeiter- und Angestellten der Firma „Norddeutsches Metallwerk", Brandenburger Straße 72, traten heute in einen eintägigen Proteststreik gegen das Urteil im Mordprozeß Liebknecht-Luxemburg unter Anlehnung an die von den Arbeitern der Firmen Werner, Stock, Daimler-Marienfelde gefaßten Resolution; gleichzeitig protestieren sie auf das energischste gegen den vom Reichswehrminister angekündigten Schutzparagraphen für die Freiwilligen-Verbände.

Die lebendi en Toten.

Ignaz Wrobel schreibt in der neuen Nummer (21) der „Weltbühne" zum Liebknecht-Prozeß über „Die lebendigen Toten". Seine Worte sind besonders beachtenswert, da sie bereits vor dem Urteilsspruch geschrieben sind. Wir „Wir pfeifen auf ein solches Verfahren. Wir

---

Die Schuld der Schule.

Es gibt wohl kaum ein kläglicheres Schauspiel, als es unsere öffentliche Meinung während des Krieges bot. Böser Wille, Feigheit oder Einsichtslosigkeit, häufig alle drei im Vereine, schufen ein Charivari von Lügen, Entstellungen und Phrasen und erstickten jeden Laut der Wahrheit. Wie war das möglich? Man kann sehr geringe Anforderungen stellen an die Wahrhaftigkeit, Tapferkeit und Uneigennützigkeit der Menschen, trotzdem bleibt es erschreckend, wie unsere sogenannten „geistigen Führer" sich gezeigt: blind gegen Tatsachen, unfähig, die Tragweite ihres eigenen Handelns zu berechnen, und berauscht von jedem offiziell oder offiziös gegebenen Schlagwort. Unsere Intelligenz hat sich widerstandslos, nein jubelnd zum Abgrund reißen lassen. Sie wäre noch weiter mitgetaumelt, hätten nicht Soldaten und Arbeiter endlich ihr Halt gesagt und die Räder zum stehen gebracht. Das ist nicht allein menschliche Unvollkommenheit, es ist nicht nur soziale Entartung, es ist zugleich eine geistige Verderbtheit. Und hieran tragen die Schuld unsere Schulen, von der ABC-Klasse an bis zur Universität. Wenn man sagen konnte, der deutsche Schulmeister habe Sadowa gewonnen, mit noch größerem Recht kann man sagen: Der deutsche Schulmeister hat den Weltkrieg verloren. Verloren und zum nicht geringen Teil verschuldet. Der deutsche Schulmeister? Eher doch die deutsche Schule. Der deutsche Schulmeister ist ein Mensch wie andere, wie ein anderer Produkt der Verhältnisse, und diese Verhältnisse machten unsere Schulen zu einem Institut geistiger Entmannung.

Fuerst der Lehrplan. Es gibt eine allen Hausfrauen bekannte Methode, Früchte einzumachen; den Rumtopf. In ein Gemisch von Rum und Zucker wirft man, was man an Früchten grade hat und wann es einem zu Händen kommt, von der ersten Erdbeere bis zur letzten Hagebutte, wahllos. Nach demselben Rezept sind unsere Lehrpläne gestaltet. Hier ein bißchen klassische Bildung, und da ein bißchen vaterländische, dazu ein wenig lebende Sprache und ein Pröbchen Mathematik, etwas politische Geschichte und etwas Bürgerkunde, mit einem Zusatz von Wirtschafts- und Kulturgeschichte, Geographie und ein Zuschuß von Geologie, beschreibende und theoretische Naturwissenschaft bunt durcheinander gequirlt, usw. Jede neue sogenannte „Reform" entdeckt weitere Gebiete des unbedingt Wissenswürdigen. Es gibt bereits begeisterte Männer, welche die byzantinische Kaisergeschichte und die Paläontologie als Gebiete aller wahren Menschenbildung preisen. Und das Ideal dieser allgemeinen Bildungswut ist das zweibeinige Konversationslexikon, welches auf jedes Stichwort hin nur nachzuschlagen braucht: Seite 367. Und nun wird das Gelernte heruntergebeitet, so wie man eine Kirsche aus dem Rumtopf holt.

Dieses Lehrplansystem wird ergänzt durch die Examina. Ein Akademiker, ein „geistiger Führer" also, hat, ehe er zum kleinsten Amt in Verwaltung oder Unterricht kommt, mindestens drei Examina zu bestehen — oft werden sie auf ein halbes Dutzend anwachsen —. In jedem dieser Examina muß er ein etwas anders assortiertes Lager von anerkanntem, staatlich und professoral approbiertem Durchschnittswissen von sogenannten „gesicherten Resultaten" zur Schau stellen. Eine eigene, selbständige, eigenwillige und einseitige Erkenntnis, die noch nicht „gesichert" und noch nicht anerkannt ist — die einzige, welche weiterführt, aufbaut, „bildet" — eine solche Erkenntnis ist examenmäßig unmöglich. Ihr unglücklicher Vater mut wohl, sie angstvoll zu verbergen. — Ist es doch vor kurzem noch möglich gewesen, daß ein sanfter Pazifismus den Besitzer fast durchs Examen fallen ließ. — Durch Jahre hindurch, durch ihre besten Jahre, besteht also die Arbeit unserer höheren Jugend darin, sich eine farblose Menge „gesicherter Resultate" einer Durchschnittswissenschaft einzuprägen, ihr Denken zu modeln, nach den staatlich anerkannten Lehrbüchern und den Kollegheften der Professoren, und die Welt anzusehen durch die Brille ihrer Lehrer. All das bei Strafe eines mißglückten Examens und einer verdorbenen Karriere, d. h. einer hoffnungslos abgeknickten äußeren Lebensstellung.

Der so präparierte akademische Lehrer aber wird aufgenommen von den Armen unserer Beamtengesetzgebung. Als Seminar- und Probekandidat ist er vollkommen recht- und hilflos den Berichten, d. h. der Willkür des jeweiligen Direktors und Schulrats gegenüber. Und nur auf Grund der Geheimberichte, in die er keinen Einblick hat, erhält er die Hoffnung, nicht den Anspruch, auf Anstellung. Wie sehr dadurch jede Regung der Selbständigkeit erdrückt, ja erstickt werden muß, ist klar. Nur ein sehr gefiebtes, nur ein ganz gesinnungsreines Material kann auf diese Weise ins Beamtentum gelangen. Und auch hier sorgen Geheimakten, Disziplinargesetz und der vorgesetzte Direktor dafür, daß der gleiche Schritt und Tritt nicht gestört werden kann, und geben die Handhabe, jeden Hitzkopf geräuschlos mehr oder minder kaltzustellen.

Es war nur Eines, was bisher dem deutschen Oberlehrer ein ruhevolles und bequemes Dasein und dem Ehrgeizigen den Aufstieg zu höheren Aemtern und Einkommen sicherte: die „Gesinnungstüchtigkeit". Wer sich am besten der von oben gewünschten Meinung anpaßte, wer am ungezwungensten auf eine gegebene Parole hin einzuschwenken verstand, wer am gewissenhaftesten und bedenkenlosesten die Durchschnittsbildung des Konversationslexikons und Lehrbuchs predigte, der war der Mann für unsere Schule, der gab den Ton an und bestimmte ihren Geist.

Und dieser Geist der kritiklosen, unselbständigen, unterwürfigen Vielwisserei hat unsere Schulen beherrscht, hat von den Lehrern sich auf die Schüler verbreitet und hat unser ganzes bürgerliches Leben vergiftet und zersetzt. Wir haben damit einen hohen Grad des Durchschnittswissens erzielt, wir haben große Spezialisten und bedeutendste Fachleistungen, wir marschieren an der Spitze wissenschaftlichen Forschens. Und wir sind im Durchschnitt so umschränkt von Vorurteilen, daß wir keine einfachste Tatsache mehr zu erfassen vermögen, so eingeengt vom eigenen Denken, daß wir blindlings nach der ersten besten uns vorgeworfenen Phrase greifen, so entnervt durch stetes Gehorchen, daß wir auch den größten Ungeheuerlichkeiten uns fügen.

Das darf nicht so bleiben. Aber ist es wirklich schon anders geworden? Sind wirklich alle Geheimakten restlos vernichtet? Liegt der Beschwerde- und „Dienstweg" offen vor den Augen auch derer, über deren Schicksal auf diesem Wege entschieden wird? Ist die Gesinnungsschnüffelei der Vergangenheit tatsächlich unmöglich gemacht? All das sind elementare Forderungen. Werden sie nicht erfüllt, so ist ein neuer Geist, so ist eine wirkliche Erneuerung unseres Schulwesens unmöglich. Ohne neuen Geist — keine neue Schule. Ohne neue Schule — kein neuer Geist. Anna Siemsen.

Das Junge Deutschland bereitet zurzeit im Deutschen Theater eine Aufführung von Oskar Kokoschkas Dramen „Hiob" und „Der brennende Dornenbusch" vor. Die Aufführung soll Ende Mai stattfinden. Die Dramen sind mit zwei weiteren Arbeiten des sonst als Maler bekannten Kokoschka im Verlag Paul Cassirer (Berlin) erschienen.

Das gestern abend von uns veröffentlichte Gedicht „Ewig in Aufruhr" von Johannes R. Becher wird in einem neuen Gedichtbuch „An Alle" im Verlag der „Aktion" erscheinen.

Der Verband der freien Volksbühnen veranstaltet sein 20. und letztes Konzert am 3. Juni in der Philharmonie. Zur Aufführung gelangt die 3. Symphonie von Gustav Mahler unter Leitung von Hermann Scherchen.

kennen nun alle, wenn aus eigener Anschauung, die Schliche und feinen Pfiffe dieses Mili[tarismus], der sich hinter die Maske der tadellos korrekten „L...ung“ verkriecht, nachdem er seine Schiebungen insgeniert hat. So, wie damals auf die Angaben Vogels hin, die gesamte deutsche Presse über den Hergang bei der Ermordung belogen worden ist, so kann es diesmal wieder gehen — wer garantiert uns, daß nicht wieder bei den Angeklagten „Zweckmäßigkeitsgründe“ maßgebend sind? Wir lassen uns nicht dadurch fangen, daß uns gesagt wird, „zwei gewählte Vertrauensleute der Garde-Kavallerie-Schützen-Division“ säßen unter den Richtern. Wer beim Militär gewesen ist, weiß, wie Wahlen zustande kommen — man denke nur an die berüchtigten Küchenkommissionen. Und wenn sie selbst richtig und ordentlich gewählt sind: sind sie nicht befangen? Sind nicht als Kameraden ihre Angeklagten tausendmal in der oppositionellen Presse auf das heftigste angegriffen worden? Wer ist denn heute noch Soldat? Die Besten sinds nicht, die da Unterkommen und Arbeitsersatz suchen, und die Idealisten auch nicht. Und die sollen richten? Man nennt das: In eigener Sache. . .

Es sind zwei Welten, die da zusammenstoßen, und es gibt keine Brücke. Hüben wir. Drüben die Offiziere alten und ältesten Stils — kein Klang der aufgeregten Zeit drang je in diese Einsamkeit. Von Liebknecht wird nur als dem „Feind“ gesprochen; einer bedauert, daß er nicht unter der schimpfenden Menge gestanden habe und nur Begleitmann war — sie leben wie in einer Glaskugel. Wir wollen bis zum letzten Atemzuge dafür kämpfen, daß diese Brut nicht hochkommt.

Aus ihren Gräbern rufen zwei Tote. Ihr könnt die Schreie nicht hören, denn ihr seid taub. Wir aber hören sie. Und vergessen sie nicht. Was da in dem großen Saal unter dem Bildnis „Seines“ glorreichen Großvaters, Kaiser Wilhelms des Großen, vor sich gegangen ist, ist in unsre Herzen eingebrannt. Und eben, weil alle feinen Leute noch für den letzten Verbrecher und Rohling eintreten, wenn er nur Liebknecht totschlägt, und eben weil die schlechtesten Menschen aufatmeten, als zwei Idealisten ermordet wurden, eben deshalb bewahren wir unsre Trauer und unsern Schmerz und vergessen nicht. Die drüben kleben zusammen wie die Kletten — wir sind aneinander geschmiedet durch das Gedächtnis an Eisner und seine Brüder. An unsre Brüder. Und haben weder Zeit noch Lust, euren dicken Aktenbänden zu folgen, euren Plaidoyers und euren Proklamationen. Das Ding liegt so: da steht der Militarismus, da stehen wir. Und weil die Welt nicht in Staaten, wohl aber in Fortstrebende und Zurückzerrende zerfällt, müßt ihr beiseite gehen, in voller Uniform, in Feldbinde, Ordensschmuck und Helm. Und was die Toten rufen, ruft unser Herz: Ecrasez l'infame!"

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Berliner Holzarbeiter.

Die Holzarbeiter Deutschlands stehen seit Wochen in einer Lohnbewegung. Zur Zeit finden Verhandlungen mit den Unternehmern statt, die sich sehr bockbeinig stellen, insbesondere die Berliner Tischlermeister.

Bei den örtlichen Verhandlungen erklärten die Arbeitgeber zunächst, von den getroffenen Abmachungen keine offizielle Kenntnis zu haben, auch gar nicht in der Lage zu sein, einer Erhöhung der Löhne von 50 Pf. pro Stunde zustimmen zu können. In einer später stattgefundenen Versammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen von Gr.-Berlin, die auf Veranlassung der vereinigten Arbeitgeber-Verbände für die Berliner Holzindustrie stattfand, erklärten diese in einer am Schlusse angenommenen Resolution, die vorgeschlagene Teuerungszulage ablehnen zu müssen, aber bereit zu sein, der augenblicklich schweren wirtschaftlichen Lage Rechnung zu tragen und ab 1. April eine Zulage von 25 Pf. pro Stunde zu bewilligen. Ein größeres Opfer zu bringen seien sie nicht in der Lage, wenn nicht ihre Existenz in Frage gestellt werden soll. Sie appellierten an die Einsicht der bei ihnen beschäftigten Arbeiter das Anerbieten anzunehmen, damit das Wirtschaftsleben in der Holzindustrie keine Störung erleide. Schon bei den zentralen Verhandlungen erklärte der Berliner Vertreter der Unternehmer die Vereinbarungen in Berlin nicht durchführen zu wollen. Das bedeutete im Verein mit den von den Berliner Arbeitgebern in der erwähnten Versammlung gefaßten Beschluß, eine unzweideutige Kampfansage an die Berliner Holzarbeiter. Die Berliner Holzarbeiter haben den ihnen von den Unternehmern hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen. In einer am 2. Mai tagenden überfüllten Gesamt-Vertrauensmännerversammlung sämtlicher Betriebe Groß-Berlins wurde einstimmig beschlossen an den von den Zentralvorständen getroffenen Vereinbarungen festzuhalten, und außerdem den Berliner Unternehmern noch folgende Forderungen zu unterbreiten.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 46 Stunden mit Lohnausgleich. Die geforderten Teuerungszulagen haben sich, je nach Lage der Branchen, auf einen Grundlohn von 2,60 Mk. bis 3.— Mk aufzubauen. Diese Vertrauensmännerversammlung beschloß ebenso einmütig, daß, wo diese Forderungen im Laufe des Sonnabends, den 3. Mai nicht bewilligt werden, die Arbeit in diesen Betrieben am Montag, den 5. Mai, nicht wieder aufzunehmen ist.

Ferner forderten unsere Kollegen noch die Bezahlung der Streiktage und machen sich dafür aus, baldigst auf die Abschaffung der Akkordarbeit hinzuwirken.

Der Verlauf der ersten Streikwoche zeigte eine stete Zunahme der Zahl der Streikenden und der bestreikten Betriebe, obgleich auch die Zahl derjenigen zunahm, die die Forderungen bewilligt hatten. Die Unternehmer sahen nunmehr, daß die Berliner Holzarbeiter sehr wohl noch zu kämpfen gewillt sind wenn auch seit dem letzten großen Kampf im Berliner Holzgewerbe der Aussperrung im Jahre 1907 eine lange Kampfspanne eingetreten ist, die vielen politischen Streiks während der Revolution auch von unseren Kollegen sehr große Opfer erforderten. In Erkenntnis dieser Tatsache und auf Anregung des Zentralvorstandes des Arbeitgeberschutzverbandes, die allerdings wieder auf die Initiative des Hauptvorstandes des Holzarbeiterverbandes zurückzuführen ist, sahen sich die Berliner Unternehmer veranlaßt, an die Leitung der Berliner Zahlstelle mit dem Ersuchen heranzutreten, den Streitfall der Schlichtungskommission zu überweisen. Die Zustimmung zu diesem Vorschlag hätte zur Voraussetzung, daß vor Aufnahme der Verhandlungen die Arbeit in allen Betrieben wieder aufzunehmen ist. Daß die Berliner Holzarbeiter eine solche Zumutung energisch zurückweisen, das haben die Unternehmer wohl selbst eingesehen. Ohne die Stellungnahme unserer Kollegen abzuwarten, haben sie inzwischen ein neues Schreiben an die Verwaltung gerichtet, in dem mitgeteilt wird, daß sie zu weiterer Vertretung ihrer Interessen einen achtgliedrigen Aktionsausschuß eingesetzt hätten und bereit sind, mit Vertretern der Arbeiter in Verhandlungen einzutreten. Mit diesem Angebot beschäftigte sich am 9. Mai wieder eine überfüllte Vertrauensmännerversammlung von Groß-Berlin und erklärte sich bereit, auf dieser Basis zu verhandeln.

Sie beauftragte die Streikleitung aus ihrer Mitte eine Kommission zusammenzuziehen, die die Verhandlungen mit den Arbeitgebern führen soll. Es ist selbstverständlich, daß dabei an den von den Zentralvorständen getroffenen Vereinbarungen nicht gerüttelt werden kann. Die Berliner Holzarbeiter sind in froher Kampfesstimmung und die gegenwärtige gute Konjunktur im Holzgewerbe kommt ihnen dabei sehr zu statten. Es ist abzuwarten, welches Ergebnis die in Aussicht genommenen Verhandlungen zeitigen werden, davon hängt es ab, ob der Kampf beendet oder in verschärfter Form fortgesetzt werden muß.

Die Lohnbewegung der Telegraphenarbeiter.

In den Sophien-Sälen fand gestern eine stark besuchte Versammlung der Telegraphenarbeiter, -vorarbeiter und -handwerker statt, die zu dem vom Lohnamt des Reichsarbeitsministeriums gefällten Schiedsspruch Stellung nahm. Der Bundessekretär Vallentin gab den Bericht von den Verhandlungen im Lohnamt. Die Ablehnung der Forderungen durch das Reichspostministerium machte die Anrufung des Schiedsgerichts notwendig, das nach langen Verhandlungen folgenden Schiedsspruch fällte: Die Postverwaltung ist verpflichtet, die Bezüge auf die von der Verwaltung vorgeschlagenen Lohnsätze rückwirkend vom 1. März ab zu erhöhen. Es sollen also in Berlin erhalten: die Telegraphenarbeiter im ersten Jahr M. 9,60, steigend bis zum 10. Dienstjahr auf M. 13,20 pro Tag; die Dachdecker und Klempner im ersten Jahr M. 11,00, steigend bis auf M. 15,20 im 10. Dienstjahr. Dazu kommen noch monatliche Teuerungszulagen in Höhe von 100 Mark für Ledige und für Verheiratete 110 Mark, wozu noch 30 Mark Zuschlag für jedes Kind treten. Der Redner kritisierte die Zusammensetzung des Schiedsgerichts und forderte die Versammlung auf, den gefällten Schiedsspruch abzulehnen. Man muß von der Regierung verlangen können, daß sie ihren Arbeitern Löhne zahlt, die ihnen den Lebensunterhalt ermöglicht. Die zugestandene Lohnerhöhung muß mindestens vom 1. Januar ab nachgezahlt werden. Durch ein Geheimschreiben hat sich die Postverwaltung an die Postbeamten gewandt, in dem sie unter Hinweis auf die hohen Löhne der Telegraphenarbeiter die Beamten auffordert, durch Unterschrift gegen die noch höheren Forderungen der Arbeiter zu protestieren. Das bedeutet eine Provokation der Arbeiterschaft, gegen die schärfster Protest eingelegt werden muß.

In der Diskussion wurde der Schiedsspruch scharf kritisiert. Da auf ein Entgegenkommen der Postverwaltung nicht zu rechnen ist, müssen auch die Telegraphenarbeiter andere Wege gehen, um ihre berechtigten Forderungen zur Anerkennung zu bringen.

Es wurde nun zu einer geheimen Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs geschritten. Das Resultat war, daß 1006 abgegebene Stimmzettel für Ablehnung und 23 für Annahme waren. Einstimmig wurde dann — ebenfalls durch geheime Stimmabgabe — einer Resolution zugestimmt, die das geringe Entgegenkommen des Reichspostministeriums bedauert und die Berufsorgane sollen beauftragt, die Forderung zu vertreten, daß wenigstens ab 1. Januar d. J. die im Schiedsspruch gewährten Erhöhungen gezahlt werden; ferner wird in dieser Resolution die Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage und Einräumung eines Mitbestimmungsrechts in allen Arbeiterangelegenheiten verlangt. Es wurde weiter beschlossen, daß in den Betrieben (Bauabteilungen) bis spätestens Montag abend eine Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs vorgenommen werden soll, die dann den Ausschlag zu geben hat. Ferner wird an die Regierung die Aufforderung ergehen, in nächster Zeit die Lebensmittelpreise abzubauen, um so die Existenzmöglichkeit zu sichern.

Versicherungsangestellte im Zentralverband der Handlungsgehilfen. Montag, den 19. Mai, abends 7 Uhr, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Versammlung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute. Mitgliedsbuch bzw. Ausweis. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Groß-Berlin.

Die Besetzung des W. T. B. vor dem Schwurgericht.

Gestern fand vor dem Schwurgericht des Landgerichts I die Verhandlung gegen den Kunstmaler Johann Benders statt, der in der Zeit vom 9. bis 11. Januar Kommandant der Besatzung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus gewesen ist. Außerdem wurde ihm zur Last gelegt, an der Plünderung des Depots der Fuhrparkkolonne der R. S. W. beteiligt gewesen zu sein und von einem Bäckermeister Brot ohne Marken für die Besatzung entnommen zu haben. Die Anklage lautete auf Aufruhr, Landfriedensbruch, Befehligung eines bewaffneten Haufens und schweren Raub.

Der Angeklagte gibt an, er sei am 6. Januar durch einen Bekannten in das Gebäude des W. T. B. gekommen. Da am selben Abend Fuhrwerke gebraucht wurden, ist er mit 20 Mann zum Depot der Fuhrparkkolonne der R. S. W. gegangen und hat nach Besetzung desselben, drei Fuhrwerke entnommen, wovon eins mit Lebensmitteln und Bekleidungsstücken beladen wurde. Am 9. Januar wählte ihn die Besatzung zum Kommandanten und hat er als solcher für Ordnung im Hause gesorgt und Plünderungen verhindert. Das Brot habe er deshalb aus der Bäckerei geholt, weil es für die Besatzung gebraucht wurde, es ist bezahlt und eine Bescheinigung über die Entnahme ausgestellt worden.

Der als Zeuge vernommene Inspektor des W. T. B. Gericke sagte aus, daß sich der Angeklagte im Gebäude stets anständig benommen und alles getan hat, um Diebstähle und Unordnung zu verhindern. Den Geldschrank hat Benders bewachen lassen und ist kein Geld daraus entwendet worden. Bis zur Uebergabe am Sonnabend war im Gebäude alles unversehrt, während am Sonntag vieles als zertrümmert und gestohlen festgestellt werden mußte. Ob die Verwüstungen von der Besatzung oder den Regierungstruppen herrühren, kann der Zeuge nicht sagen. Mehrere Zeugen, die zu der Besatzung des W. T. B. gehört haben, bekunden, daß ein Leutnant Bachmann als Parlamentär ihnen im Auftrage der Volksbeauftragten straffreien Abzug versprochen habe. Angehörige der R. S. W. schilderten den Vorgang der Besetzung des Depots der Fuhrparkkolonne. Die als Zeugin vernommene Inhaberin der Bäckerei bekundete, daß der Angeklagte unter ihrem Protest 15 Brote gegen Bezahlung und Aushändigung einer Bescheinigung entnommen hat. Sämtliche Zeugen bekunden, daß der Angeklagte stets anständig und zuvorkommend aufgetreten ist.

Der Antrag des Verteidigers, den Ministerpräsidenten Scheidemann, den Direktor des W. T. B., den Redakteur Breitscheid und den Sekretär Dittmann als Zeugen zu laden, wurde vom Gericht abgelehnt.

Der Staatsanwalt beantragte in längerer, politisch gefärbter Rede, den Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig zu sprechen. Wenn der Angeklagte auch nicht Mitglied der U. S. P. oder K. P. D. ist, so sei er doch ein Führer der Revolutionäre gewesen.

Der Verteidiger Dr. Herzfeld forderte die Geschworenen auf, die Handlungen des Angeklagten vom Gesichtspunkte der Revolution aus zu betrachten. Da die bestehenden

---

„Es lebe Deutschland!“

Bei der großen Pariser Kundgebung für Jaurès rief jemand ganz deutlich: „Hoch Deutschland!“ Viktor Mérie schreibt darüber in dem „Journal du Peuple“. Er ist gerufen worden, der fürchterliche Schrei! Gute Ohren haben ihn gehört. Gute Blätter haben ihn registriert. Aufrichtig gesagt war es nur ein Schrei, ein einziger, scheu, vereinzelt. Aber er drang in empfängliche Ohren, die ihn mit Jubel aufnahmen. Uebrigens erwartete man ihn ja, vielleicht mit etwas Ungeduld, aber mit ruhigem Glauben. Man wußte: er wird kommen. Eines Tages wird er losgehen, hoch über uns und gleich der einen Schwalbe, die uns den Frühling bringt, wird er in unseren Herzen die Freude wieder erwecken. Wie die wir ihn nicht gehört haben, wir sind ihm in patriotischen Zeitungen begegnet, in Zeitungen, die die öffentliche Ordnung verteidigen, und wir haben ihn herzlich begrüßt. Ist er doch ein alter, lieber Bekannter! Von jeher so unentbehrlich wie sein Zwillingsbruder: „Pfui, Polizei!“ Wo gab es früher eine Kundgebung ohne dieses: „Hoch Deutschland!“ Es war notwendig, und es war ja anfechtbar. Es gab unseren Zeitungsschindern die Möglichkeit, ein paar Dutzend rachedurstige Zeilen rasch hinzuzufügen, erregte den mittelmäßigen Humor mancher bezahlter Schreiber, verursachte edle Empörungen, eine großartige Mobilmachung aller bekanntesten Gemeinplätze. Kurz, es war ein Schrei von öffentlicher Notwendigkeit; eine Manifestation, in der er ausblieb, kam uns wie verfehlt vor. Ein guter Bekannter also, vor dem wir jetzt den Hut abgezogen haben. Uns ist so zumute, als wenn wir nach der Rückkehr vom Felde einen guten alten Kerl wiederfinden, ihm die Hand drücken und sagen würden: „Was, du bist noch auf der Welt!“ Denn er war etwas in Vergessenheit geraten. Seit dem 2. August 1914 war er nirgends mehr zu hören. Es gab auch keine Kundgebungen mehr, keine Ansammlungen auf den Straßen. Es war der Krieg und es war der Sieg. Und es war die Zeit der Geheimnissen und die Zeit des Schweigens. Man verurteilte, man erschoß Menschen, die sich in Gedankenübertragungen mit dem Feinde versündigt hatten. Man zeigte Verräter und Spione an. Und keiner traute sich diesen alten, volkstümlichen, klassischen Schrei: „Es lebe Deutschland!“ auszurufen. Nun aber blüht er wieder auf. Er ist wieder da, ist mit der Sonne wieder gekommen. Hat sich denn etwas verändert? Die alten Ueberlieferungen knüpfen wieder an — die guten Gewohnheiten erscheinen wieder alle. Es lebe Deutschland! Man hat geschrieen: „Es lebe Deutschland!“ — Franzosen, meine Brüder, wenn man uns das rufen läßt, heißt es, daß es aus ist mit dem Krieg, aus mit allen Schrecken, aus mit allen Kriegsmethoden, aus! Der Friede kündigt sich an. Die Freiheit lächelt uns zu — das Leben fängt wieder an. Freuen wir uns, wir dürfen rufen: „Es lebe Deutschland!“ Brüder, es geht, es geht! Der Krieg ist tot!

Kunst und Volk.

In der Ueberzeugung, daß die politische Umwälzung benutzt werden muß zur Befreiung der Kunst von jahrzehntelanger Bevormundung, hat sich in Berlin ein Kreis einheitlich gesinnter Künstler und Kunstfreunde zusammengefunden. Er erstrebt die Sammlung aller verstreuten und sich zersplitternden Kräfte, die über die Wahrung einseitiger Berufsinteressen hinaus am Neuaufbau unseres gesamten Kunstlebens entschlossen mitwirken wollen. In enger Fühlung mit Vereinigungen ähnlicher Tendenz an andern Orten Deutschlands hofft der Arbeitsrat für Kunst sein Ziel in nicht zu ferner Zeit durchsetzen zu können.

An der Spitze steht der Leitsatz:

Kunst und Volk müssen eine Einheit bilden. Die Kunst soll nicht mehr Genuß Weniger, sondern Glück und Leben der Masse sein. Zusammenschluß der Künste unter den Flügeln einer großen Baukunst ist das Ziel.

Auf dieser Basis werden zunächst folgende Forderungen gestellt:

Volkshäuser als Vermittlungsstätten aller Künste an das Volk. Ständige Experimentiergelände zur Erprobung und Vervollkommnung neuer baulicher Wirkungen.

Umwandlungen der privilegierten Kunstausstellungen in freie.

Befreiung des gesamten Unterrichts für Architektur, Plastik, Malerei und Handwerk von staatlicher Bevormundung. Umwandlung des künstlerischen und handwerklichen Unterrichts von Grund auf.

Belebung der Museen als Bildungsstätten für das Volk. Gerechte Verteilung der staatlichen Mittel zum Erwerb alter und neuer Werke.

Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft betrachtet der Arbeitsrat den Zusammenschluß der der geschlossenen Arbeitsgemeinschaft angehörenden Künstler auf der Basis einer gemeinsamen Ausarbeitung eines umfassenden utopischen Bauprojektes, das in gleichem Maße architektonische wie plastische und malerische Entwürfe umfassen soll.

Kinematograph und Forschungsreisen.

In unseren deutschen Lichtspieltheatern sieht man leider, je länger, je mehr, nur noch seichte Lustspiele und kitschige, sentimentale „Dramen“, während ein Gebiet, auf welchem dem Kinematographen große Erfolge beschieden sein könnten, fast gar nicht zu seinem Rechte kommt, nämlich das des wissenschaftlichen Films. Selbst Aufnahmen von Ländern und Völkern, von großen Industriebetrieben usw., die man früher noch hin und wieder sah, sind so gut wie vollständig verschwunden. In anderen Ländern legt man mehr Wert auf Bilder solcher Art, und wenn der deutsche Film wieder auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig werden will, so wird er sich wohl auch diesem Gebiet wieder mehr widmen müssen. Ein dankbares Betätigungsfeld fänd das Lichtbild bei wissenschaftlichen Forschungsfahrten, und man erinnert sich, welches Interesse seinerzeit die Aufnahmen von der Shackletonschen Südpolfahrt fanden. Die Aktiengesellschaft „Svenska Biografteatern“, die größte schwedische Filmgesellschaft, plant jetzt, gleich auf drei wissenschaftliche Forschungsfahrten Operateure zu entsenden. Der erste begleitet eine Fahrt nach Island, die in diesem Monat beginnt. Die Fahrt geht von Reykjavik, der Hauptstadt Islands, zum großen Geysir und zu den Vulkanen Hekla und Katla, der im vergangenen Herbst erst einen großen Ausbruch hatte. Ferner ist eine Besteigung des Vatnajökuls, des größten Gletschers Europas, geplant. Die zweite der Filmexpeditionen dieses Sommers geht nach Spitzbergen und seinen Kohlenfeldern, die dritte nach Kamtschatka.

Das unbekannteste Land der Erde ist, wenn man von dem Südpolargebiet und allenfalls vom tibetischen Hochland absieht, das nordamerikanische Kanada. Nach einer neuen Berechnung gibt es dort noch eine Fläche von rund 1½ Millionen Quadratkilometern zu erforschen, obgleich sich der gänzlich unbekannte Teil des Gebiets während der letzten 25 Jahre bereits wesentlich verringert hat, besonders im Anschluß an die Entdeckung der Goldfelder von Klondike. Einen großen Anteil an dieser Terra incognita hat die Halbinsel Labrador, wiewohl sie in der Breite von Norddeutschland gelegen ist.

Am Sonnabend, den 17. Mai, 8 Uhr abends, liest Adolf Behne in der Aula des Französischen Gymnasiums, Reichstagsufer 6, über „Die neue Kunst“. Karten durch das Hauptbureau der Humboldt-Hochschule, Neue Friedrichstr. 53/56, und am Eingang.

Ludwig Hardt spricht Sonntag, 9 Uhr, im Meistersaal ernste und heitere Balladen und Grotesken und zwölf „Porträts“ Berliner Schauspieler.

Gesetze keine revolutionären Aufstände in Betracht ziehen, können auch in diesem Falle die Gesetzesparagraphen keine Anwendung finden. Der Kampf um die Regierungsmacht, um den es sich hier gehandelt hat, ist nicht strafbar. Der Angeklagte könne auch nicht als Räuber betrachtet werden, denn er habe nur im Interesse der Besatzung requiriert.

Der **Wahrspruch der Geschworenen** lautete auf Bejahung der Schuldfragen unter Zubilligung mildernder Umstände. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu **zwei Jahren Gefängnis** unter Anrechnung von vier Wochen Untersuchungshaft. Der **Staatsanwalt** hatte drei Jahre Gefängnis beantragt.

Sturm im Charlottenburger Rathaus.

Die Sitzung der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch war eine Dauer- und Sturmsitzung zugleich. Sie begann mit Reden des Vorstehers Dr. Borchardt und des Oberbürgermeisters Dr. Scholz gegen den Gewaltfrieden, wobei der letztere verhüllte Drohungen aussprach, und einer scharfen Entgegnung des Genossen Dr. Hertz, der den Standpunkt der Unabhängigen zu den Friedensbedingungen in einer Rede darlegte, die den Zorn der Rechtssozialisten und Bürgerlichen hervorrief. Ihm erwiderte neben Borchardt, der sein „Bedauern" über die Durchbrechung der Einigkeit aussprach, lediglich der Rechtssozialist Horlitz, dem dabei das bemerkenswerte Zugeständnis entschlüpfte, **er könne im Namen seiner Fraktion erklären, daß sie Noske zu großem Dank verpflichtet seien.** Die Sitzung endete mit der Drohung eines Stadtverordneten der bürgerlichen Partei, daß er sich gezwungen sehen werde, **Maßnahmen gegen die lange Dauer der Sitzungen** vorzuschlagen, und einer Entgegnung des Genossen Hertz, der darauf hinwies, daß diese Erklärung ein bemerkenswertes Eingeständnis der eigenartigen Auffassung von den Pflichten eines Stadtverordneten sei, gegen die die Unabhängigen den allerschärfsten Einspruch erheben müßten. Sie seien im Gegensatz zu dem Vorredner der Meinung, daß die Arbeit der Stadtverordneten nicht an Minuten und Stunden gebunden sein dürfe.

Auch bei den übrigen Punkten der Tagesordnung kam es zu lebhaften Diskussionen. Die Vorlage des Magistrats über die Errichtung von Erweiterungsbauten auf dem Gelände des Waldhauses Charlottenburg, deren Kosten 1 628 000 Mark betragen, wurde angenommen. Die Vorlage über die Besteuerung der Spielklubs wurde einem Ausschuß überwiesen. Dem Aktien-Verein des Zoologischen Gartens wurden 50 000 Mark als einmalige Beihilfe bewilligt; ein hierzu gestellter Antrag der Unabhängigen, diese Bewilligung davon abhängig zu machen, daß an allen Sonntagen das ermäßigte Eintrittsgeld erhoben wird, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Ein Antrag der Rechtssozialisten verlangte die Einrichtung eines städtischen Nachtwach- und Schließwesens. Aus der Begründung des Rechtssozialisten Staller war die Erklärung bemerkenswert, daß die Charlottenburger Einwohnerwehr dank der ablehnenden Haltung der Unabhängigen zu keiner Bedeutung gelangt sei. Für die unabhängige Fraktion erklärte Gen. Hertz die bereitwillige Prüfung dieses Antrages in einem Ausschuß, betonte jedoch gegenüber der Forderung der Rechtssozialisten nach „Sozialisierung der Einbruchsversicherung auf örtlicher Grundlage", daß man an der richtigen Stelle sozialisieren und vor allen Dingen wissen müsse, was Sozialisierung bedeutet. Ein weiterer Antrag auf Beginn des gesamten Schulunterrichts einheitlich um 8 Uhr morgens wurde der Schuldeputation überwiesen, nachdem Gen. Dr. Löwenstein für die unabhängige Fraktion die Zustimmung zu ihm erklärt hatte. Bei der Beratung des Antrages der Rechtssozialisten, diejenigen Angestellten und Beamten beiderlei Geschlechts, die ihre Tätigkeit nur als Nebenbeschäftigung betrachten, aus den städtischen Diensten zu entlassen, erklärte Oberbürgermeister Dr. Scholz, daß das viele Hineinreden in die Geschäfte des Magistrats den Magistrat eines Tages veranlassen könne, die Verantwortung für die weitere Geschäftsführung abzulehnen. Diese unberechtigte Drohung wurde aufs schärfste zurückgewiesen. Der Antrag der Rechtssozialisten den Beamten zur Einsicht vorzulegen, wurde einem Ausschuß überwiesen. Den Schluß der sachlichen Beratung bildete die Erörterung des Antrages, eine Kontrollkommission aus den Kreisen der Konsumenten einzusetzen, die die Verteilung der Lebensmittel kontrollieren solle. Die unabhängige Fraktion hatte hierzu beantragt, „aus den Kreisen der Konsumenten" durch „aus den kommunalen Arbeiterräten" zu ersetzen. Da bereits einige bürgerliche Stadtverordnete die Sitzung verlassen hatten, wurde der Antrag mit 31 gegen 30 Stimmen angenommen. Erst gegen ½1 Uhr fand die Sitzung, über die die bürgerliche Presse und auch die Charlottenburger „Neue Zeit" sehr tendenziös berichtet, ihr Ende.

Keine Zerreißung der Gesangvereine. Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Vorwärts": „Der Vorsitzende des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes, Gau Berlin u. U., Gen. Wilhelm Bolz, schreibt uns: „Der Vorstand nebst dem gesamten Ausschuß steht auf dem Boden, jede Politik zu vermeiden, um die Interessen des Gesanges zu fördern." So selbstverständlich das ist, so begrüßen wir es doch. Wir wünschen nur im Interesse der Sache des Proletariats, daß diesem Standpunkt der durch das allgemeine Vertrauen eingesetzten Gauleitung auch überall Rechnung getragen würde. In dem von uns zur Warnung mitgeteilten Falle war das leider nicht geschehen." Der „Vorwärts" hatte kürzlich auf Vorgänge im Gesangverein Wedding hingewiesen und mitgeteilt, daß eine Anzahl Mitglieder, die seiner Partei angehören, ausgetreten seien; er hat aber vergessen, hinzuzufügen, daß im Vorjahre, als seine Leute in diesem Verein tonangebend waren, der Vorstand abgelehnt hat, an einer vom Bildungsausschuß unserer Partei arrangierten Karl Marxfeier teilzunehmen. Dagegen hatte der „Vorwärts" nichts einzuwenden. Nur dann kommt er mit Warnungen, wenn die Mitglieder nicht mehr nach seiner Pfeife tanzen.

Vom Vorstand des Sängerchors Wedding wird uns geschrieben: Unter der Ueberschrift „Auch die Gesangvereine werden gesprengt" bringt der „Vorwärts" am Mittwoch eine Notiz, die nicht den Tatsachen entspricht. Der Chor hat mit Einschluß von Heim und Klinge beschlossen, am 1. Mai bei der U. S. P. im Humboldthain zu singen. Später versuchten diese beiden, andere Sänger zu bestimmen, im Schillerpark bei der S. P. zu singen. Daraufhin hat der Chor sich für den Ausschluß dieser Mitglieder erklärt. Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashause sitzt.

Lebensgefährliche Schnäpse. Große Vorsicht scheint gegenüber allerlei Schnapsmischungen geboten, die jetzt im Handel sind. In der Lortzingstraße trank gestern ein Schankwirt Fischer mit einem Gaste, dem 34 Jahre alten Kutscher Paul Graber aus der Rügener Straße 27, einige Schnäpse. Die Wirkung war verhängnisvoll. Beide erkrankten bald schwer und Graber starb. Der Schankwirt Fischer mußte nach dem Virchowkrankenhause gebracht werden, wo er bedenklich darniederliegt.

Ueberfahren und schwer verletzt wurden gestern an der Ecke der Lachmannstraße und des Kottbuserdamms ein Mädchen von etwa 5 bis 6 Jahren. Es wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht und ist noch nicht bekannt. Die Verunglückte hat blondes Haar und trug ein rotes Kleid, einen gelben Ledergürtel, eine blauweiß gestreifte Schürze mit rotem Band, schwarze Schnürschuhe und eine geblümte Haarschleife.

Wieder ein Opfer. Regierungssoldaten machten gestern in der Grenadierstraße eine Streife nach wilden Händlern. Sie stießen dabei auf einen Brotmarkenhändler, und als dieser die Flucht ergriff, schossen sie in der menschenüberfüllten Straße hinter ihm drein. Sie trafen dabei einen Kutscher, der vor dem Hause Grenadierstraße 2 auf seinem Bocke saß, in den Kopf. Er fiel vom Sitz und war sofort tot. — Diese blödsinnige Schießerei sollte den Soldaten endlich verboten werden.

Genosse Däumig ist wegen Erkrankung gezwungen, alle Verpflichtungen für den Monat Mai abzusagen.

Der Bahnhof Warschauer Brücke soll nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion zu einem Vorortbahnhof umgebaut und erweitert werden. Die vielen Mißstände auf diesem verkehrsreichen Ringbahnhof sollen dann verschwinden.

Einbrüche und Diebstähle sind an der Tagesordnung. An verschiedenen Stellen stieß die Polizei mit Einbrechern zusammen und es gab Revolverschüsse und schwere Verwundungen. In einer ganzen Reihe Fälle erfolgten Verhaftungen. An der Ecke der Warschauer und Rudolfstraße wurden drei Fuhrwerksdiebe von Polizeiwachtmeister Bode angehalten. Statt Rede und Antwort zu stehen, widersetzten sich die Diebe, griffen zu den Waffen und erschossen den Beamten. Alle drei, ein ungefähr 25 Jahre alter Zivilist als Führer und zwei Soldaten mit Eichenlaubabzeichen als Begleiter, ergriffen dann die Flucht und entkamen mit dem gestohlenen Fuhrwerk, einem [illegible] beladenen Schlächterwagen mit braunem Pferde, in der Richtung nach dem Rudolfplatz zu.

In der Versammlung auf dem Hof der Schule Müllerstraße Ecke Triftstraße am Dienstag ist ein Kneifer gefunden worden. Abzuholen vom Wahlvereinsbureau, Gerichtstraße 71.

Nowawes. Zur Ausgabe von Torf wird bekanntgegeben, daß der Torf ohne Anrechnung auf Kohlenkarten abgegeben wird. Anmeldungen in unserer Kohlenstelle.

Zeugen, welche den Unfall am 16. 5. in der Belle-Alliance-Straße, bei welchem ein Knabe durch Ueberfahren mit einem Auto vom „Vorwärts" getötet wurde, gesehen haben, bittet um nähere Angaben der Vater des Verunglückten P. Arh. Berlin, Linienstraße 2, II.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Charlottenburg. Der für heute Abend angesetzte Unterhaltungsabend findet der Landestrauer wegen am Montag, 19. Mai, abends 7 Uhr im selben Lokal statt. Die gelösten Karten behalten für Montag die Gültigkeit. — Sonntag vormittag 10 Uhr öffentliche Kundgebung auf dem Luisenplatz; auch die Lagerinsassen müssen erscheinen. Bezirk NW. Moabit trifft sich ebendaselbst. — Ortsgruppe Schöneberg, Sonnabend abend 7½ Uhr im Lokal von Berg, Feurigstr. 16, Mitgliederversammlung. — Bezirk Westen. Sonnabend abend 7½ Uhr, im Lokal Rüchert, Steinmetzstraße 36 a, Mitgliederversammlung.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen. Ortsgruppe Berlin, Bezirk Norden. Große öffentliche Versammlung, Freitag abend 7½ Uhr, in Büttners Festsälen, Schwedterstraße 23-24.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie, Bezirk Südosten. Heute, Freitag abend 7 Uhr in der Schulaula, Dresdner Str. 113, öffentliche Versammlung. Zur Deckung der Unkosten 20 Pfg. Eintrittsgeld.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Schwimmverein „Berlin" (M. d. A. S. B.) Wir machen alle Sportgenossen, Parteigenossen und Interessenten der freien Arbeiterwassersportbewegung auf unsere Uebungsstunden im Sommer, ab 14. Mai, erneut aufmerksam. Unentgeltlicher Schwimmunterricht wird an alle Personen beiderlei Geschlechts erteilt. Die Uebungsstunden der Abteilungen finden in diesem Jahre folgendermaßen statt. Abteilung I: Badeanstalt „Altes Studentenbad", Mallbachstr. 16 b, Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr für Männer und Frauen. Anbaden am Sonntag, den 18. Mai, nachmittags 4 Uhr im „Alten Studentenbad". Abteilung II: Badeanstalt Seebad „Wilhelmsruh" (Reinickendorf-Rosenthal). Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr für Männer und Frauen. Anbaden am Sonntag, den 18. Mai, nachmittags 4 Uhr im Seebad „Wilhelmsruh". Abteilung III: Badeanstalt Plötzensee. Uebungsstunden Mittwoch und Sonnabends von 7—9 Uhr für männliche Mitglieder, Montag und Donnerstag von 7—9 Uhr für weibliche Mitglieder. Anbaden am Sonntag, den 25. Mai, nachmittags 4 Uhr im Plötzensee. Abteilung IV: Das Gleiche wie Abteilung III. Aufnahme neuer Mitglieder findet in den Uebungsstunden, resp. bei den Abteilungsversammlungen statt.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H. Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Wissen ist Macht! Jeder Leser der „Freiheit" verlange sofort ein Probeheft gratis

Wieviel Kringeld wird nicht jeden Tag achtlos verbraucht, das bei richtiger Anwendung zu einem Vermögen werden könnte!

Wenn Sie monatlich 8 Mk zurücklegen, können Sie dafür das reich illustrierte Universalwerk „Welt und Wissen" in 4 Bänden erhalten.

Dieses Werk in Lexikonformat enthält eine Sammlung aus der ganzen Wissenschaft in Wort und Bild volkstümlich geschrieben und ist eine wahre Fundgrube des Wissens für jedermann. „Welt und Wissen" enthält Tausende von Aufsätzen; z. B.: Der Wille und dessen Gymnastik. — Die Fernphotographie. — Das Leben unter Wasser. — Sind Gedanken übertragbar? — Eine Fahrt im Unterseeboot usw.

Außerdem erhält jeder Besteller eine

Illustrierte Hausbibliothek gratis

und zwar jeweils ein Werk nach richtigem Eingang des Betrages für einen Band „Welt und Wissen". Jeder Band enthält eine abgeschlossene Wissenschaft; z. B.: Die Himmelskunde. — Illustr. Buch der Technik. — Alten, Land und Leute. — Die Luftschiffahrt. — Der Bau des menschlichen Körpers. — Illustr. Tierkunde. — Illustr. Pflanzenkunde usw.

Anerkennungsschreiben.

Das Werk mit dem mannigfachen interessanten Inhalt empfiehlt sich von selbst.
Wörnersberg. Hauptlehrer Strehm.

Der Inhalt gleicht einem unerschöpflichen Quell, an dem man sich immerfort laben möchte.
Trier. Bruns, Gen.-Serg.

„Welt und Wissen" ist meiner Ansicht nach das Beste, was ich bis jetzt unter die Finger bekommen habe.
Berlin. Otto Dahlenburg.

Ihr Werk ist die reinste Fundgrube des Wissens.
Dahlhausen. Johann Eiller.

Gutschein
für die Leser der
„Freiheit"
An den Verlag „Welt und Wissen" Berlin-[illegible]
Ich bestelle hiermit ein Probeheft kostenlos zugestellt.
Name: ______
Ort: ______
Straße: ______

U.S.P.D. Ortsgruppe Wilmersdorf
Aula der Götheschule,
Münsterschestr., E. Westfälischestr.
Heute Freitag, den 16. Mai, 7½ Uhr abends
Lichtbildervortrag
des Schriftstellers Hans Siemsen über
Die Revolution in Berlin
mit authentischen Bildern aus den Revolutions- und Strassenkämpfen.
Billets à M. 1.— beim Vorstand und bei allen Funktionären der U. S. P. D., in der Freiheitsspedition Giesebrechtstr. 28, im Restaurant Picks, Paulsborner Strasse 26, Restaurant Schilling, Lauenburgerstr. 21.

Soeben erschien:
U. S. P. D. und Gewerkschaften
Resolution zur Gewerkschaftsfrage
Von Robert Dissmann Preis 30 Pf.

In den nächsten Tagen erscheinen:
Der Weg zum Sozialismus
Von Otto Bauer Preis 30 Pf.
Die Gewerkschaftsfrage
Von Robert Dissmann Preis 30 Pf.
Die Wahrheit über die Berliner Strassenkämpfe
111.—130. Tausend Preis 35 Pf.
Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" G. m. b. H., Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Achtung!
Artilleriewerkstatt Süd
Spandau.
Die nächste Lohnzahlung findet am Sonnabend, den 17. Mai 1919, gewerkweise und in nachstehend angeführten Zeiten für die Arbeiter in der Kantine und für die Angestellten in Halle 17 statt:

Gewerk bezw. Dienststelle	Zeit der Zahlung
Ng. 1 R. 15, Dr. 2 T. 13, Dr. 3 Hs. 3, Fr. 1 Ng. 3, Fr. 2 B 5	von 9 bis 10 Uhr
Ng. 2 K. 17, K. 6 Ws. 1, Ng. 7 Dr. 1, Or. 2 Rp. 1, Rp. 2 Ng. 5, Ln. 1 An.	von 10 bis 11 Uhr
Ln. 2 Ng. 6, K. 21 Zh. 1, Ng. 8 Hs. 1, T. 4, Arbeiter-Büro, Ws. 2 Dr. 1, Ng. 85	von 11 bis 12 Uhr
T. 15 Ng. 9, Arbeits-Büro männlich, Lager-Büro, Arbeits-Büro weiblich	von 12 bis 1 Uhr

Es wird zur Vermeidung von nachträglichen Auszahlungen dringend ersucht, die angegebene Zeit genau innezuhalten.
Die Lohnzahlbeamten melden sich 8.30 Uhr vorm. in der Kasse zum Geldempfang.
Wegen des Mangels an Kleingeld, sowie zur glatten Abwickelung des Zahlungsgeschäftes wäre es erwünscht, wenn sich jeder mit 10, 5, 2 und 1 Pfennigstücken versehen würde, bevor er zur Lohnzahlung kommt.
Spandau, den 15. Mai 1919.
Artilleriewerkstatt Süd.

Annehmen oder ablehnen?
Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede
Mit Beiträgen von K. Kautsky, Gg. E. Graf, C. Ballod, A. Stein, R. Hilferding und H. Haase.
Preis 50 Pfennig.
Buchhändler, Spediteure und Zeitungshändler wollen sofort ihren Bedarf anmelden!
Vertreter in allen Orten Deutschlands gesucht!

Sämtliche früheren Vereine und Freunde eines guten Happens können sich wieder einfinden
Stromstraße 36.
Empfehle gleichzeitig mein Lokal als Zahlstelle. Vermittelung erwünscht.

Suche für sofort oder später 3-Zimmerwohnung mit Bad. Vorort bevorzugt.
Off. Offert. unt. „W. J." an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Spezial-Arzt
Dr. Scord
für Haut-, Harn- und Frauenleiden — Salvarsan - Kuren
Urin- und Blutuntersuchungen
Rosenthalerstr. 69-70
In Heil-Anstalt Löser
10—1, 5—8, Sonnt. 10—1
Gesonderte Damen-Wartezimmer.

Botenfrauen
zum Austragen der [illegible] sucht Gierschner, [illegible] straße 92.

Vermißt!
Der Reservist Johann Ida, 2. Komp., 7. Lothring. Infr.-Regt. Nr. 136, wird seit 14. Oktober 1918 vermißt. Sollte jemand näheres wissen, so bitte ich, mich schriftlich oder mündlich zu benachrichtigen.
Frau Elfriede Ida.
Adlershof, Handjerystr. 1 I T.

Hingerichtet [illegible] Augen aller auf die [illegible] detektei „Wahrheit" [illegible] Käufe. Beobachtungen. [illegible] Sämtliche [illegible] suchen! Hervorragende [illegible] Erfolge! Kottbuser Damm [illegible] Neanderstr. 7, Adalbertstr. [illegible] Große Frankfurter Str. [illegible] Neukölln, Emser Straße [illegible]

Freie Turnerschaft Spandau.
Unsere sportliche Veranstaltung, welche am 8. März unter dem Belagerungszustand nicht stattfinden konnte, findet nun bestimmt am 17. Mai, Abends 6 Uhr, in Seitz' Festsäle, Schützen-Straße, statt. Die seinerzeit verausgabten Einlaßkarten haben Gültigkeit. **Der Festausschuß.**

Torf markenfrei, sowie **Holz**
liefert prompt und preiswert
Friedländer & Co.
Kohlen engros, Invalidenstraße 30/31. Moabit 7255.

Leinölfirnis.
Standöl, Lacke, [illegible] Schellack usw. kaufen [illegible] Posten Gebr. [illegible] Queisenaustr. 5, Neukölln.

Botenfrauen mit Hilfe für größere Touren in Moab[it] sucht Wathe [illegible] Spedition Lübecker Strasse 11.

Botenfrauen werden sofort eingestellt. [illegible] Weinmeisterstr. 20.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Leipziger

Handleiterwagen, Kastenwagen, Holzräder in allen Größen, großes Lager. Theis, Spandauer Brücke 6.

Herren- und Damenrad kauft Klos, Neukölln, Steinmetzstraße 96.

Parzellen
am Bahnhof Hermsdorf Waidmannslust, Birkenwerder, Fredersdorf 300,— Anzahlung. Tel. 2004. Hülsen, Steglitz, Treitschkestr.

Mälzenteppiche elektrischen Betrieb [illegible] Kullzel, Waßmannstr. 12.

Spiralbohrer. [illegible] Quecksilber, [illegible] kauft [illegible] Charlottenburg, [illegible] drich-Straße 7.

Boschzündkerzen, Magnete, Vergaser und Kugellager, sowie Gummibereifungen kauft jeden Posten F. Kunsz, Berlin, Danziger Straße 44. Telephon Königstadt 1915.

Spiralbohrer, [illegible] leinen k. Fritz, Rein[illegible] Sommerstr. 15, [illegible] hof [illegible]